

Jede Flucht ist politisch

Abschiebung ist kein Kavaliersdelikt

Und wieder einmal wurde mit dem 26-jährigen Yazid der Fall eines von Abschiebung bedrohten Menschen öffentlich. Nachdem die Republik sich nach einer großen Kampagne bei zwei hübschen Zwillingen gnädig gezeigt hatte, nachdem mit Ousmane die Abschiebung eines "echten politischer Flüchtlings", der das auch noch nachweisen konnte, durch ein Zusammenspiel aus direkten Aktionen, juristischer Intervention, seinem eigenen Willen zu bleiben und einem Piloten, der unter diesen Umständen nicht einfach fliegen wollte, verhindert wurde, sollte es doch erst mal gut sein, suggeriert der Mainstream.

Aber gut ist gar nichts, wenn es um das österreichische "Fremdenrecht" geht.

Yazid, der ursprünglich aus Marokko kommt, konnte vielleicht weder Folternarben noch seine Beteiligung an Demonstrationen oder in (vom "Westen" anerkannten) oppositionellen Gruppen nachweisen. Er ist weder ein berühmter Schriftsteller noch ein Mann mit Vermögen, der vom herrschenden Clan enteignet werden soll. Er hat in seiner Heimat vielleicht nie aus politischen Gründen im Knast gesessen (in Österreich nun schon), und vielleicht hat nicht einmal eine paramilitärische Truppe sein Dorf überfallen.

Nach der Logik der rassistischen Asylpolitik, die letztlich in allen europäischen Staaten herrscht, bekommt Yazid vermutlich in keinem davon ohne weiteres politisches Asyl.

Was aber ist mit all den Menschen, die z. B. unter einem Regime wie dem in Ägypten oder Marokko, Tunesien oder Libyen leben, die aus welchen Gründen auch immer sich nicht in der Lage sahen, z. B. politisch aktiv zu werden oder schlicht und einfach Angst vor Verfolgung hatten? Sie sind nach der Logik der derzeitigen Asylpolitik nie verfolgt worden, haben deshalb kein Recht zur Flucht.

Aber natürlich sind die Gründe für ihre Flucht politisch.

Als ob es nicht eh schon immer klar gewesen wäre, entdecken die Medien gerade im Licht der arabischen Revolten die nur scheinbar paradoxe Tatsache, dass unsere guten gewählten demokratischen Führer_innen alle herzliche Beziehungen zu den autokratischen Machthabern haben, ja, *haben*, nicht nur hatten.

Und noch erstaunter geben sich die meisten Journalist_innen, dass dank Wikileaks nun schwarz auf weiß ist, dass "der Westen" durchaus wusste um die Methoden der Unterdrückung, die notwendig waren, um seine Statthalter im Sattel zu halten. Die

Kundgebung und Demo **Montag 7. März 18:30** **Rampe der Hauptuni, Schottentor**

Konsequenz daraus wäre die Frage, warum wir die "unsrigen" noch aus ihren Ämtern jagen.

Das liest mensch in den Medien noch eher selten. Es zergeht auch nicht so einfach auf der Zunge, wie das Einstimmen in den Jubel um das neue arabische "pro-democracy"-movement. Es ist nämlich eher eine Bewegung gegen die pro-westlichen Machthaber und Haberer unserer ach so ehrlichen Politiker_innen. Demnach ist zum Glück noch nicht so ganz ausgemacht, ob die Menschen dort wirklich auf unsere Form von (Schein-)Demokratie zusteuern, oder es schaffen, noch weiter zu gehen.

In dem Fall können sie vermutlich erst recht nicht mit der Solidarität westlicher Staatenlenker_innen rechnen. Denn die haben sich die letzten Jahrzehnte recht gut auf die autoritären Führungen der Länder des Südens und Ostens verlassen können – ein Regime außenpolitisch Stützen, Waffen liefern (auch solche explizit zur Verwendung gegen die eigene Bevölkerung), hin und wieder zu einem Phototermin vorbeischaun, und schon hat man beste "Investitionsbedingungen": niedrigste Löhne, weil Gewerkschaften entweder generell verboten oder nur quasi staatseigene zugelassen werden, um die Repression kümmert sich der Despot oder eben der Clan oder die Staatspartei.

Die Machthaber vor Ort wollen natürlich dafür einen Anteil am Profit, sind aber durchaus billiger als es höhere Löhne und die Gewährung von sozialen Rechten wären.

Diese Staaten sind am ehesten noch ein recht teurer aber für die Mächtigen des Westen bisher über Jahrzehnte meist ziemlich zuverlässiger Security-Dienst für ("ehemals") kolonialisierte Gebiete.

Jeden Tag werden im Schnitt 7 Menschen aus Österreich abgeschoben.

Die meisten kommen aus Ländern, in denen Hunger oder Krieg oder beides herrscht. Für die Situation trägt die historische und heutige "Außenpolitik" vor allem Europas und der USA nicht nur Mitverantwortung.

"Demokratie" ist dort nicht so praktkabel, und wenn sie zugelassen wird, dann nur, wie z.B. im Fall Südafrikas, wenn es unter dem moralischen Druck der Weltöffentlichkeit nicht mehr anders geht, und unter der

Voraussetzung, dass die Besitzverhältnisse unangetastet bleiben, die Schulden des alten

Regimes übernommen werden, und die unter dem Druck der Schuldenlast privatisierte staatliche Infrastruktur auf dem "freien Markt" angeboten wird.

Lieber sind "unseren" Mächtigen natürlich die Despoten, denn wer weiß ob tatsächlich frei gewählte Regierungen noch ähnlich günstige Verträge abschließen, eher kann man vom Gegenteil ausgehen. Nicht zuletzt deshalb hat die CIA eine recht lange Geschichte der Involvierung bei Militärputschen in Ländern, die gerade einen Demokratisierungsschub gemacht hatten oder zu machen drohten. Nichts deutet darauf hin, dass heute im Ernstfall grundsätzlich anders gehandelt werden würde.

Und die Flucht der Menschen aus diesen Ländern soll nicht politisch sein?

Vielleicht laufen sie mit der Fremdenpolizei als Vertreter_innen der Republik Österreich leider gerade den Handlangern der Seite im Spiel in die Arme, die ihre wirklichen politischen Gegner_innen darstellt.

Yazid befindet sich seit dem 17.2. im Hungerstreik, weil er sich der menschenverachtenden Abschiebe-Praxis nicht hingeben will.

Bereits einmal konnte er Ende Februar so seine Abschiebung vorerst verhindern, er wurde nach acht Tagen wegen seines kritischen Gesundheitszustandes auf freien Fuß gesetzt, kam aber bald darauf in eine Kontrolle und sitzt jetzt wieder im Abschiebeknast. Juristisch scheint es für Yazid beinahe aussichtslos, unter der derzeitigen Gesetzgebung einen legalen Aufenthaltsstatus zu bekommen.

Seinen Kampf werden wir nicht nur trotzdem sondern gerade deshalb unterstützen, denn er reiht sich ein in unzählige Kämpfe weltweit für eine Welt ohne Grenzen und Knäste, ohne Herr und Sklave.

Niemand ist frei, so lange einige eingesperrt sind.

Bis alle frei sind, sind wir alle Gefangene.